

Wohncontainer statt Zelte

Einen weiteren Winter sollen die Flüchtlinge nicht am Huberfeld in Berg hausen müssen. Bürgermeister Rupert Monn hat deshalb bereits ein Areal an der Straße nach Aufkirchen angepachtet. Dort soll eine neue Sammelunterkunft errichtet werden

VON SABINE BADER

Berg – Das ist Konsens: Die Berger Zeltunterkünfte auf dem kircheneigenen Grundstück am Huberfeld sollen so schnell wie möglich abgebaut werden. Kreisbaumeister Christian Kühnel will die Asylbewerber jedenfalls nicht noch einen Winter in Zelten untergebracht wissen. Dieses Jahr habe man wettermäßig ja noch Glück gehabt, sagte Kühnel am Montag. Doch wer wisse schon, wie es im nächsten Winter werde. Die Flüchtlinge, die bislang in der Zeltstadt leben, sollen möglichst bald in Wohncontainer umziehen. Geplant sind diese in der Marienstraße, das ist die Straße, die von Berg nach Aufkirchen führt, nahe dem Gewerbegebiet. Bürgermeister Rupert Monn rechnet damit, dass die Containerunterkünfte an dieser Stelle von den Berger Bür-

gern überwiegend gut aufgenommen werden, denn die Bauten bieten ja denjenigen Gästen Unterkunft, mit denen die Berger auch jetzt schon Tür an Tür leben und die dann nur ein paar Straßen weiter ziehen sollen. In Berg war übrigens von Anfang an nicht die Rede von Asylbewerbern gewesen, der offizielle Terminus lautet hier „Gäste“. Geplant sind vier Gebäude mit je vier Wohnungen sowie ein Sozialbau, in dem unter anderem Waschmaschinen und das Büro des Verwalters untergebracht sein sollen. Über die Containeranlage wird noch der Gemeinderat befinden. Der Pachtvertrag mit dem privaten Grundstückseigentümer ist schon einmal optional auf elf Jahre ausgelegt.

In der Pressekonferenz am Montag wurde allerdings auch deutlich, dass Landratsamt wie Gemeinde sich generell von der Re-

gierung in der Asylbewerberfrage ziemlich allein gelassen fühlen. Schließlich hatte man den örtlichen Behörden finanzielle Zusagen gemacht, die jetzt nicht eingehalten werden sollen. Auch hat man von Regierungsseite die Marschroute bei diesem

„Es ist eine Frechheit, dass wir Container errichten müssen und Biberkor nicht anmieten dürfen.“

Thema geändert. Erst sollen dezentrale Unterkünfte in kleinen Einheiten entstehen, jetzt setzt man auf Sammelunterkünfte in größerem Still. So ist zum Beispiel der Vertrag mit Gut Biberkor noch immer nicht unterschrieben. Eigentümer Werner von Kahlden-Gmell hat aber schon für viel Geld umgebaut. Dazu Monn: „Es ist eine

Frechheit, dass wir Container errichten müssen und vorhandene Einrichtungen wie Biberkor für 25 Menschen nicht anmieten dürfen“, weil die Regierung die Kosten bisher nicht erstattet. Ähnlich ergeht es auch dem Landkreis. Er hat Container bestellt und statt der anfangs zugesagten Kostenübernahme soll jetzt nur eine Vergleichsmiete in Höhe von 14 bis 17 Euro pro Quadratmeter und sechs Euro Flüchtlingszulage angesetzt werden. Mit diesen Mitteln amortisieren sich die Container aber nicht in den errechneten fünf Jahren. Sie müssen jetzt mindestens zehn Jahre stehen bleiben bis die Kreisbehörde mit einer schwarzen Null unter dem Strich aus der Misere herauskommt.

An dieser Stelle setzt das Landratsamt auch auf die Gemeinden. Für anerkannte Asylbewerber sind sie nämlich in Sachen

Unterbringung zuständig. „Die Obdachlosencontainer sind besetzt, sonstige Wohnungen stehen uns auch nicht zur Verfügung“, beschreibt Monn die augenblickliche Situation. Die Option ist nun, dass Gemeinden für ihre anerkannten Flüchtlinge Teile der Container anmieten können. So diese die Miete nicht bezahlen können, werden die Kosten der Gemeinden dann vom Jobcenter übernommen. Das verringere das Defizit für den Landkreis, was auch positive Auswirkung auf die künftigen Kreisumlage haben dürfte, die ja die Gemeinden bezahlen. Außerdem müssen die Kommunen dann nicht nach anderen Unterkünften für ihre anerkannten Asylbewerber Ausschau halten. Man sieht, die Sachlage ist derzeit etwas unübersichtlich und wird auch für den Landkreis in finanzieller Hinsicht zunehmend unerfreulich.